



Hannover, 27. Februar 2012

***Nun reicht's, Herr Althusmann***

## **Ab 2014 länderübergreifendes Zentralabitur**

„Eine neue Beschäftigungstherapie für die Oberstufen an Gymnasien und Gesamtschulen hat sich Kultusminister Dr. Althusmann ausgedacht, als hätten wir nicht gerade die curriculare Planung für G8 und die Umsetzung der Kerncurricula mit den neuen Schullehrplänen hinter uns gebracht“, kritisiert Henner Sauerland, Gymnasialvertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Schulhauptpersonalrat. In einer am Sonntag, dem 26. Februar, herausgegebenen Pressemitteilung teilt das Niedersächsische Kultusministerium mit, dass ab 2014 in sechs Bundesländern in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik die gleichen Abituraufgaben gestellt werden sollen. Die Prüfungstermine sollen vereinheitlicht werden. Neben Niedersachsen beteiligen sich noch die drei weiteren derzeit von der CDU dominierten Regierungen von Bayern, Sachsen und Schleswig-Holstein, sowie Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. „Wenn dieser Beschluss nicht durch Neuwahlen verhindert wird, bekommen wir ein schwarzes Abitur nach dem Muster von Bayern und Sachsen“, warnt Eberhard Brandt, Landesvorsitzender der GEW. Die Bundesländer mit erkennbarem sozialdemokratischen und grünen schulpolitischen Profil machten aus guten Gründen nicht mit. Dabei müsse es auch bleiben.

Schon ab April dieses Jahres sollen die ersten Musteraufgaben in den Schulen bearbeitet werden. Im 3. Kurshalbjahr im Herbst 2013 soll in den drei Fächern eine zentral festgelegte Klausur geschrieben werden. „Durch die Vorgaben des niedersächsischen Zentralabiturs wird unser Unterricht schon kleinteilig gegängelt. Nun kommen zusätzliche Vorgaben, die unsere Arbeit pädagogisch weiter einschränken. Diese Entwicklung geht in die falsche Richtung“, so Henner Sauerland. Durch die Hintertür der zentralisierteren Prüfungen würde die mit der eigenverantwortlichen Schule ursprünglich propagierte Gestaltungsfreiheit wieder zurückgenommen. Die landesweite Personalrätekonferenz der Gymnasien und Gesamtschulen am Mittwoch, dem 22. Februar, hatte die Position der GEW bekräftigt, dass die gymnasialen Oberstufen mehr Gestaltungsfreiheit und mehr Zeit bekommen müssen, damit wissenschaftspropädeutisches Arbeiten wieder im Vordergrund stehen kann und die faktenhuberische Hetze abgebaut wird.

„Es ist ein Irrtum, über die stärkere Zentralisierung von Prüfungen zu einer besseren Vergleichbarkeit der Studierfähigkeit zu kommen. Stärkere Zentralisierung bedeutet zumeist, dass der Anforderungsbereich I, also das einfache Reproduzieren, in der Prüfung und damit auch im Unterricht eine größere Bedeutung erhält. Wissenschaftspropädeutik ist aber mehr im Bereich des selbstständigen methodischen Arbeitens, des Vergleichens und des Bewertens, also in den Anforderungsbereichen II und III verortet“, erläutert der GEW-Schulexperte Sauerland, der über langjährige Erfahrungen als Koordinator der gymnasialen Oberstufe verfügt und die Entwicklung der Abiturprüfungen beobachtet. Es sei bedauerlich, dass sich der Kultusminister aus populistischen Gründen an schlichten Vorstellungen orientiere, die letztlich dazu führen dürften, dass das Niveau des Unterrichts an den niedersächsischen Oberstufen sinkt.

Der GEW-Landesvorsitzende Brandt bemängelt, dass der Kultusminister sich in einer solch wichtigen Frage nicht im Vorfeld mit Sachverständigen aus der Schulpraxis beraten hat.

Verantwortlich: Richard Lauenstein